

23.10.2009

Pfarr: Erleichterung bei Befristungen ist massiver Eingriff

## **Repräsentative Umfrage: 80 Prozent wollen Kündigungsschutz unverändert beibehalten oder ausbauen**

Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland hält den Kündigungsschutz für unverzichtbar: Insgesamt 51 Prozent möchten die Schutzregelungen unverändert behalten, weitere 29 Prozent wollen sie stärken. Lediglich 13 Prozent finden es richtig, den Kündigungsschutz einzuschränken oder abzuschaffen. Eine deutliche mehrheitliche Zustimmung zeigt sich in allen Berufsgruppen und auch bei Anhängern von Union und FDP. Facharbeiter und Arbeitslose plädieren besonders häufig für unveränderten Erhalt oder Ausbau des Kündigungsschutzes. Auch unter den Selbständigen sind 70 Prozent dafür, den Kündigungsschutz unverändert beizubehalten oder ihn auszubauen. Das zeigt eine aktuelle repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts polis + sinus im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung (die einzelnen Zahlen der Auswertung finden Sie im Tabellen-Anhang zu dieser PM; Link siehe unten).

„Die hohe Wertschätzung kommt nicht von ungefähr: Der Kündigungsschutz schützt Beschäftigte vor Willkür im Arbeitsleben, indem er transparente und überprüfbare Verfahren vorschreibt und „Herr-im-Hause-Verhalten“ von Arbeitgebern unterbindet. Damit trägt er zum sozialen Frieden bei“, sagt Prof. Dr. Heide Pfarr, Arbeitsrechtlerin und Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. „Diese gesellschaftliche Stabilisierungsfunktion würde verletzt, wenn der Kündigungsschutz geschwächt oder auf Umwegen ausgehebelt würde.“

Ein solcher Hebel wäre nach Analyse der Rechtswissenschaftlerin auch eine in den Koalitionsgesprächen diskutierte massive Erleichterung der sachgrundlosen befristeten Beschäftigung: Wenn das derzeit geltende „Anschlussverbot“ gestrichen würde und Arbeitgeber denselben Arbeitnehmer immer wieder ohne besonderen Grund befristet beschäftigen könnten, stelle das einen tiefen Eingriff in den Kündigungsschutz dar, betont Pfarr. Karenzzeiten zwischen zwei befristeten Beschäftigungen könnten oft nicht verhindern, dass Beschäftigte auf Dauer in befristeten Arbeitsverhältnissen stecken blieben und faktisch nie vom Kündigungsschutzgesetz erfasst würden. „Konzerne und viele größere Unternehmen haben heutzutage Stellenpools oder firmeneigene Verleihgesellschaften. Dadurch ist es kein Problem, befristet Beschäftigte mal hier, mal dort anzustellen und Karenzvorschriften zu umgehen“, warnt die Arbeitsrechts-Professorin.

Sollte man den gesetzlichen Kündigungsschutz weiter ausbauen, unverändert beibehalten, eher einschränken oder ganz abschaffen? Das fragten die Meinungsforscher von polis + sinus zwischen dem 19. und dem 21. Oktober mehr als 1.000 repräsentativ ausgewählte Personen über 18 Jahre. Die Befragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung zeigt: Die große Mehrheit ist dagegen, die geltenden Schutzbestimmungen im Arbeitsrecht einzuschränken. Über alle Berufsgruppen hinweg sind die Befürworter des Kündigungsschutzes

in der Mehrheit. Unter Facharbeitern sprechen sich 96 Prozent dafür aus, den Kündigungsschutz unverändert beizubehalten oder auszubauen. Unter angelernten Arbeitern und in der Gruppe der einfachen und mittleren Angestellten und Beamten liegt die Zustimmung bei 85 Prozent. Unter den höheren Angestellten und Beamten sind 82 Prozent der Meinung, man solle den aktuellen Kündigungsschutz beibehalten oder noch ausbauen. Unter den befragten Arbeitslosen sprechen sich 91 Prozent dafür aus. Bei den Selbständigen ist der Anteil derer, die Einschränkungen oder Abschaffungen befürworten, mit 26 Prozent zwar am höchsten. Doch auch hier sind 46 Prozent dafür, den Kündigungsschutz unverändert beizubehalten. Weitere 24 Prozent wollen die Schutzrechte weiter stärken.

Die Ergebnisse passen auch zu Befunden, die das WSI und Wissenschaftler der Uni Hamburg in Befragungen von insgesamt 2.800 Personalverantwortlichen gewonnen haben: Entscheidend für Einstellungen ist die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, der Kündigungsschutz spielt für die meisten Personaler eine untergeordnete Rolle.

### **Kontakt in der Hans-Böckler-Stiftung**

**Prof. Dr. Heide Pfarr**  
Wissenschaftliche Direktorin WSI  
Tel.: 0211-7778-187  
E-Mail: [Heide-Pfarr@boeckler.de](mailto:Heide-Pfarr@boeckler.de)

**Rainer Jung**  
Leiter Pressestelle  
Tel.: 0211-7778-150  
E-Mail: [Rainer-Jung@boeckler.de](mailto:Rainer-Jung@boeckler.de)

Basis: alle Befragte	Gesamt	Region, Geschlecht, Alter, Bildung, Berufstätigkeit														
		West	Ost	Mann	Frau	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65-	Volks- schule	Mittl. Bild. Abschl.	Abitur, Uni	Berufs- tätig	Nicht berufs- tätig
Gesamt	1012	827	185	491	521	101	143	196	185	141	246	262	320	413	512	498
ungewichtet	1012	833	179	459	553	80	121	195	215	156	245	271	330	396	521	489
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
In letzter Zeit ist viel über den gesetzlichen Kündigungsschutz gesprochen worden. Was meinen Sie: Sollte man den gesetzlichen Kündigungsschutz weiter ausbauen, unverändert beibehalten, eher einschränken oder ganz abschaffen?																
Weiter ausbauen	298 29%	234 28%	64 35%	141 29%	157 30%	34 34%	50 35%	56 28%	61 33%	41 29%	57 23%	82 31%	87 27%	124 30%	155 30%	142 28%
Unverändert beibehalten	519 51%	434 52%	85 46%	262 53%	256 49%	43 43%	66 46%	110 56%	94 51%	81 58%	124 50%	130 50%	177 55%	202 49%	270 53%	247 50%
Eher einschränken	93 9%	82 10%	12 6%	50 10%	43 8%	16 15%	20 14%	17 9%	13 7%	6 4%	21 9%	17 7%	26 8%	50 12%	47 9%	46 9%
Ganz abschaffen	36 4%	28 3%	8 4%	15 3%	21 4%	2 2%	1 1%	6 3%	9 5%	5 4%	13 5%	9 4%	15 5%	10 3%	19 4%	17 3%
Keine Angabe	66 7%	50 6%	16 9%	22 5%	44 8%	6 6%	7 5%	7 3%	8 4%	7 5%	31 13%	23 9%	15 5%	26 6%	20 4%	46 9%

Quelle: polis+sinus Gesellschaft für Sozial- und Marktforschung mbH, 1.012 Befragte ab 18 Jahre, Befragungszeit: 19. bis 21. Oktober 2009.  
Rundungsbedingte Abweichungen auf 100% sind möglich.

Basis: alle Befragte	Gesamt	Parteiensympathie								
		SPD	CDU/ CSU	B'90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	Rechte Partei	Andere Partei	Keine Partei/ Weiß nicht	Keine Angabe
Gesamt	1012	99	246	83	101	81	7	23	309	64
ungewichtet	1012	92	241	83	107	81	7	20	314	67
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
In letzter Zeit ist viel über den gesetzlichen Kündigungsschutz gesprochen worden. Was meinen Sie: Sollte man den gesetzlichen Kündigungsschutz weiter ausbauen, unverändert beibehalten, eher einschränken oder ganz abschaffen?										
Weiter ausbauen	298	29	63	28	24	34	3	10	94	13
	29%	29%	26%	34%	23%	42%	49%	43%	30%	20%
Unverändert beibehalten	519	59	119	43	54	37	3	10	156	37
	51%	59%	48%	52%	54%	46%	51%	42%	51%	58%
Eher einschränken	93	7	37	6	14	2		1	23	4
	9%	7%	15%	7%	14%	2%		5%	7%	6%
Ganz abschaffen	36	2	11	2	5	4			11	2
	4%	2%	4%	2%	5%	5%			4%	2%
Keine Angabe	66	3	16	4	4	4		2	25	8
	7%	3%	6%	4%	4%	5%		10%	8%	13%

Quelle: polis+sinus Gesellschaft für Sozial- und Marktforschung mbH, 1.012 Befragte ab 18 Jahre, Befragungszeit: 19. bis 21. Oktober 2009.  
Rundungsbedingte Abweichungen auf 100% sind möglich.

Basis: alle Befragte	Gesamt	Erwerbstätigkeit, Beruflicher Status														
		Berufs- tätig	Ein- facher/ mitt- lerer Ange- stell- ter/ Beamter	Höherer Ange- stell- ter/ Beamter	Ange- lernter Ar- beiter	Fach- ar- beiter, Meister Polier	Selb- stän- diger	Mit- hel- fender Fami- lien- ange- höriger	Nicht berufs- tätig	Schüler Student	Auszu- bil- dender	Ar- beits- los	Haus- frau/ -mann	Im Ruhe- stand	Son- stiges	
Gesamt	1012	512	293	66	25	43	81	3	498	65	26	49	50	300	7	
ungewichtet	1012	521	298	70	25	42	82	3	489	50	18	48	58	305	8	
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	
In letzter Zeit ist viel über den gesetzlichen Kündigungsschutz gesprochen worden. Was meinen Sie: Sollte man den gesetzlichen Kündigungsschutz weiter ausbauen, unverändert beibehalten, eher einschränken oder ganz abschaffen?																
Weiter ausbauen	298	155	97	11	11	15	20	1	142	16	9	20	21	73	3	
	29%	30%	33%	17%	44%	35%	24%	37%	28%	25%	34%	41%	42%	24%	40%	
Unverändert beibehalten	519	270	152	43	10	26	37	1	247	31	11	25	22	154	3	
	51%	53%	52%	65%	41%	61%	46%	23%	50%	47%	42%	50%	44%	51%	46%	
Eher einschränken	93	47	18	10	1	1	16	1	46	14	4	1	3	22	1	
	9%	9%	6%	15%	6%	2%	20%	39%	46%	22%	16%	3%	7%	7%	14%	
Ganz abschaffen	36	19	12	2	1		5		17			1	1	14		
	4%	4%	4%	3%	3%		6%		3%			2%	2%	5%		
Keine Angabe	66	20	14	0	2	1	3		46	4	2	2	2	36		
	7%	4%	5%	1%	6%	2%	4%		9%	6%	9%	4%	5%	12%		

Quelle: polis+sinus Gesellschaft für Sozial- und Marktforschung mbH, 1.012 Befragte ab 18 Jahre, Befragungszeit: 19. bis 21. Oktober 2009.  
Rundungsbedingte Abweichungen auf 100% sind möglich.